

**Lost Greatness and Past Oppressions in East Central Europe.
Representations of Imperial Experience in Historiography since 1918**

Jahrestagung des Geisteswissenschaftlichen Zentrums Geschichte
und Kultur Ostmitteleuropas an der Universität Leipzig (GWZO)

Leipzig, 10. bis 12. Dezember 2004

Die von Frank Hadler und Mathias Mesenhöller (beide Leipzig) organisierte und in Kooperation mit der European Science Foundation realisierte zweite Jahrestagung des GWZO verfolgte das thematische Anliegen, die Entstehung und Entwicklung der verschiedenen historiographischen Deutungen und Reflexionen von imperialer Erfahrung in der Staatenwelt Ostmittel-, Südost- und Osteuropas seit dem Ersten Weltkrieg nachzuzeichnen. Der Umgang mit der jeweiligen jüngeren wie älteren imperialen Vergangenheit habe, führten *Hadler* und *Mesenhöller* in ihrer Einführung aus, in den entsprechenden Ländern bis in die Gegenwart hinein die Herausbildung kollektiver Identitätskonstruktionen nachhaltig beeinflusst und geprägt – sei es als Erinnerung an vergangene Größe, sei es als Andenken an ohnmächtig empfundene Fremdherrschaft. Den großen Streit- und Wendepunkten der jeweiligen, untereinander häufig im Konflikt stehenden nationalen Geschichtsdiskurse im 20. Jahrhundert nachzuspüren und deren aktuelle Relevanz zu ermitteln stelle daher einen wichtigen, bislang gleichwohl nur unzureichend behandelten Gegenstand wissenschaftlicher Überlegungen dar.

Eben diesen Forschungsgegenstand suchte die Tagung nun mittels eines – in geographischer Hinsicht – denkbar umfassenden Zugriffs zu beleuchten. In sechs Sektionen beschäftigten sich die in Leipzig versammelten Wissenschaftler mit den unterschiedlichen Formen nationalstaatlich-historiographischer Wahrnehmungen im Hinblick auf das imperiale Erbe der Habsburgermonarchie, des Russischen Imperiums, des Osmanischen Reiches, der polnisch-litauischen ‚Rzeczpospolita‘, des preußischen Königreiches/deutschen Kaiserreiches sowie des schwedischen ‚Dominium maris Baltici‘. Der von ihnen behandelte Betrachtungszeitraum erstreckte sich dabei von der Frühen Neuzeit bis zum Zusammenbruch der multinationalen europäischen Imperien im Zuge des Ersten Weltkrieges.

In der ersten Sektion der Tagung, welche sich mit dem historiographischen Nachleben der frühneuzeitlichen imperialen Machtentfaltung Schwedens auseinandersetzte, stellte *Ragnar Björk* (Södertörn) zunächst die Traditionslinien in der schwedischen Geschichtsschreibung des 20. Jahrhunderts dar. Er betonte dabei den Umstand, daß die – vor allem von den Historikerschulen der Universitäten Uppsala und Lund geprägte – schwedische Historiographie zur sogenannten ‚stormaktstid‘ (Großmachtzeit) bis weit über die Jahrhundertmitte hinaus eine stark „reichsschwedische“ Perspektive eingenommen habe, also ganz überwiegend auf die politische Geschichte und – ab den 1960er Jahren – auf die Sozialgeschichte des schwedischen Kernreiches fixiert gewesen sei. Dem baltischen Imperium der frühneuzeitlichen nordischen Großmacht habe sie jedoch lange Zeit kaum Aufmerksamkeit gewidmet. Erst in den letzten beiden Jahrzehnten, unterstrich Björk, habe sich hier allmählich ein Wandel vollzogen – vor allem in Gestalt einiger wegweisender Forschungsarbeiten von Historikern der Universität Lund, welche sich der „baltischen Dimension“ der schwedischen „Großmachtzeit“ angenommen hätten.

Klaus Zernack (Berlin) schilderte in seinem Referat die Traditionen der polnischen Geschichtsschreibung im Hinblick auf die Auseinandersetzungen zwischen der ‚Rzeczpospolita‘ und Schweden um die Vormachtstellung im Ostseeraum während des 17. Jahrhunderts. Hätten polnische Historiker im 19. Jahrhundert noch die Vorstellung von Schweden als dem „protestantischen Erzfeind“ Polens bemüht – so sei der schwedische Sieg über die ‚Rzeczpospolita‘ im Ersten Nordischen Krieg (1655-1660) beispielsweise mit dem Schlagwort ‚potop‘ (Sintflut) bedacht worden –, so habe sich eine solche Wahrnehmung in den letzten Jahrzehnten des 19., spätestens aber zu Beginn des 20. Jahrhunderts endgültig auf Preußen verschoben. Die schwedisch-polnische Konfliktperspektive sei in der polnischen Geschichtsschreibung des letzten Jahrhunderts lange vernachlässigt worden. Allerdings habe, hob Zernack hervor, das Interesse an der „baltischen Dimension“ der einstigen polnischen Großmacht seit Ende der 1960er Jahre deutlich zugenommen. Dieser Strang der polnischen historischen Forschung, welcher sich auf die Tradition des in der Zwischenkriegszeit gegründeten ‚Instytut Bałtycki‘ berufen könne, habe in der jüngeren Vergangenheit einen weiteren Aufschwung erfahren.

Ilgvars Misāns (Riga) setzte sich mit den Bewertungen der lettischen Historiographie seit 1918 hinsichtlich der anderthalb Jahrhunderte währenden schwedischen Herrschaft in Lettland auseinander. Er unterstrich, daß die lettische Geschichtsschreibung der Zwischenkriegszeit – ähnlich wie in Estland – einer rundum positiven, nahezu verklärenden Wertung von der „guten, bauernfreundlichen schwedischen Herrschaft“ angehangen habe – als Gegenbild zur „bösen Ordensherrschaft“ und zur „bösen Zarenzeit“ bzw. zu den durchweg negativ beurteilten deutschen Herrschaftseliten. Während die parteioffizielle Historiographie zur Zeit der sowjetischen Besetzung Lettlands diese Vorstellung zugunsten einer imperial-russischen Perspektive verdammt habe, sei es doch immerhin bei einigen Historikern des Exils zur Entwicklung nüchternerer, in der Gesamttendenz gleichwohl positiver Bewertungen der schwedischen Herrschafts- und Verwaltungsperiode gekommen. In der gegenwärtigen lettischen Geschichtsschreibung sei der Streit um die richtige Bewertung der Schwedenzeit noch keineswegs beendet, doch befaßten sich, betonte Misāns, derzeit nur wenige Forscher eingehend mit jener Epoche.

In der zweiten Sektion, welche nationale historiographische Traditionen zur polnisch-litauischen ‚Rzeczpospolita‘ zum Gegenstand hatte, schilderte *Jūrate Kiaupiene* (Wilna) zunächst die Perspektive der litauischen Geschichtsschreibung auf das imperiale Erbe der ‚Rzeczpospolita‘. Sie machte deutlich, daß die Sicht der jungen litauischen Nationalhistoriographie nach 1918 ausschließlich ethnisch konzipiert gewesen sei: die dynastische und staatliche Gemeinschaft mit Polen und deren kulturellen Auswirkungen seien vor einem solchen Hintergrund durchweg in einem negativen Licht gesehen worden. Wenn auch unter anderen politischen Vorzeichen, so habe diese Tendenz während der sowjetischen Besetzung eine gewisse Fortsetzung erfahren: die sowjetlitauische Geschichtsschreibung habe beispielsweise die Lubliner Union von 1569 als „Bruch in der Geschichte der litauischen Staatlichkeit“ bzw. als „Verlust litauischer Unabhängigkeit“ eingestuft und habe die Beziehungen zwischen dem polnischen und dem litauischen Adel nur unter Verwendung grober Stereotype dargestellt. In der gegenwärtigen litauischen Historiographie, schloß Kiaupiene, seien jedoch merkliche Tendenzen zu einer Neubewertung des gemeinsamen polnisch-litauischen Erbes im Gange – so z.B. im Rahmen einer derzeit im Entstehen begriffenen großen Gesamtdarstellung der litauischen Geschichte.

Wilfried Jilge (Leipzig) untersuchte daraufhin die gegenwärtigen Darstellungstendenzen in der ukrainischen Historiographie im Hinblick auf die Periode von 1569 bis zum Beginn des Kosakenaufstandes unter Bohdan Chmel’nyč’kyj im Jahre 1648. Bis weit in die 1990er Jahre hinein, stellte Jilge fest, habe sowohl bei den früheren Vertretern der sowjetukrainischen Geschichtsschreibung als auch bei einstmals nicht systemkonformen „nationalukrainischen“ Historikern eine eindeutig negative, ausschließlich ukrainisch-nationale Sicht auf die polnisch-litauische „Fremdherrschaft“ vorgeherrscht. In diesem Rahmen habe man vor allem das Kosakentum idealisiert und exklusiv ukrainisiert – d.h. den Mythos quasi-demokratischer Freiheitsbünde

mit ritterlichen Idealen als Gegenbild zur polnischen ‚szlachta‘, aber auch zum Moskauer Bojarentum gepflegt. Derartige Darstellungstendenzen hätten nicht zuletzt im offiziellen Geschichtsbild des Kućma-Regimes ihre Spuren hinterlassen: erst in den letzten Jahren hätten sich demgegenüber einige – vorwiegend jüngere – „nonkonformistische“ Historiker, welche zu einer nüchterneren und ausgewogeneren Sicht auf die polnisch-litauische Großmachtperiode gelangen wollten, in stärkerem Maße Gehör verschafft.

Die dritte Sektion der Konferenz, welche sich mit historiographischen Perspektiven auf das Erbe einstiger osmanischer Machtentfaltung befaßte, eröffnete ein Vortrag von *Fikret Adanır* (Bochum) über den entsprechenden Paradigmenwandel in Geschichtsschreibung und Geschichtsbild der Türkischen Republik. Das Geschichtsbild der kemalistischen Entwicklungsdiktatur sei, führte Adanır aus, vom ideologischen Fundament des Türkismus getragen gewesen – der bereits von den Jungtürken befolgten pantürkistischen Doktrin von der gemeinsamen zentralasiatischen Heimat („Türk yurdu“) und von den sprachlichen und kulturellen Gemeinsamkeiten aller Türkvölker. Die osmanische Vergangenheit sei daher in den 1930er Jahren sowohl in der Geschichtsschreibung als auch im Schulunterricht weitgehend ausgeblendet worden. Infolge des Aufstieges zahlreicher Anatolier in die Macht- und Funktionseliten seit den späten 1940er Jahren und infolge der damit verbundenen Demokratisierung, aber auch teilweisen Re-Islamisierung des gesellschaftlichen und politischen Lebens habe die Osmanenzeit, schloß Adanır, im offiziellen staatlichen Geschichtsbild sowie in der wissenschaftlichen Historiographie jedoch spätestens ab den 1960er und 1970er Jahren eine unübersehbare Aufwertung erfahren – bis hin zu ideologischen Synthesen, welche, ganz im Sinne kemalistischen Ethnozentrismus, die spezifisch türkischen Besonderheiten des osmanisch-islamischen Kulturerbes hervorhoben.

Géza Dávid und *Pál Fodor* (beide Budapest) betrachteten die Entwicklungstendenzen der ungarischen Historiographie über das Osmanische Reich im Laufe des 20. Jahrhunderts. Sie verwiesen darauf, daß der „osmanische Faktor“ bereits seit dem 19. Jahrhundert eine konstitutive Größe im ungarischen Geschichtsdiskurs geworden war. Ursprünglich eine vor allem antihabsburgische und antirussische politische Zielprojektion, habe dieser Faktor schließlich eine gewaltige – und höchst zwiespältige – Wirkung in der ungarischen Historiographie zur Geschichte des eigenen Landes entfaltet. Nicht zuletzt in der großmachtstalgischen Atmosphäre der Zwischenkriegszeit hätten ungarische Historiker einerseits wiederholt die „Wahlverwandtschaft“ der Ungarn mit den „heroischen Türken“ bemüht. Andererseits habe man auch in dieser Periode die Eroberung großer Teile Ungarns durch die Osmanen nach der Schlacht von Mohács (1526) stets als „nationale Katastrophe“ empfunden: die letztere Wertung sei schließlich auch von der parteioffiziellen Geschichtsschreibung im sozialistischen Ungarn der Nachkriegszeit besonders nachdrücklich hervorgehoben worden. Abseits solcher stark teleologisch geprägten Vorstellungen seien jedoch, betonten Dávid und Fodor abschließend, seit mehr als zwei Jahrzehnten zahlreiche wertvolle Forschungsarbeiten entstanden, welche ein differenzierteres und nüchterneres Bild von den osmanischen Spuren in der Verwaltungs-, Wirtschafts-, Militär- und Kulturgeschichte Ungarns zeichneten.

Stefan Troebst (Leipzig) betonte daraufhin in seinen Ausführungen über das Erbe der osmanischen Herrschaft in der historischen Gedächtniskultur Mazedoniens die Einzigartigkeit des Umstandes, daß das osmanische Erbe in diesem Land – im Gegensatz zu den Nachbarstaaten – in einem relativ positiven Licht wahrgenommen werde. Die mazedonische Historiographie betone zwar die Bedeutung der nationalen Emanzipationsbestrebungen des späten 19. und des frühen 20. Jahrhunderts, doch geschehe dies im ganzen ohne antiosmanischen Akzent. Der Grund für diese verhältnismäßig milde Sicht auf das Erbe der osmanischen Herrschaft liege, so Troebst, darin begründet, daß man bereits im Mazedonien der Zwischenkriegszeit in erster Linie die christlich-orthodoxen Nachbarvölker der Serben, Bulgaren und Griechen und deren Staatswesen – aus jeweils unterschiedlichen Gründen – als „Gegner“ wahrgenommen habe: zu diesen traditionellen „Rivalen“ habe sich seit 1991 auch Albanien hinzugesellt. Die im allgemeinen verhältnismäßig

osmanenfreundlichen Wertungen der Geschichtsschreibung fänden, führte Troebst aus, schließlich auch in einem im Jahre 2000 von der Mazedonischen Akademie der Wissenschaften herausgegebenen „Mazedonischen Historischen Wörterbuch“ einen manifesten Niederschlag.

Die vierte Sektion der Konferenz war dem Fortleben der Hohenzollernmonarchie im historischen Gedächtnis der Deutschen und ihrer östlichen Nachbarn gewidmet. *Nicolas Berg* (Leipzig) legte in seinem „Preußen als ‚lieu de mémoire‘ für die deutsche Historiographie zwischen Weimar und Bonn“ überschriebenen Beitrag dar, unter welchen politischen Vorzeichen sich das vor 1918 weitgehend idealisierende Preußenbild der deutschen Geschichtsschreibung zur Zeit der Weimarer Republik ausdifferenzierte. Die republikanische Linke der damaligen Historikergunft habe ambivalente Wertungen vertreten: einerseits habe man eine gewisse Affinität zwischen der modernisierten preußischen Gesellschaft im Kaiserreich und den Anliegen der Sozialdemokratie gesehen, andererseits jedoch das System des Wilhelminismus verdammt und gegen dessen Beschwörung durch die restaurative Rechte Stellung bezogen. Eine Mehrheit der deutschen Preußenhistoriker habe jedoch das positive traditionelle Bild der Hohenzollernmonarchie verteidigt: dies treffe nicht allein auf die antidemokratische Rechte (Petersdorff, Haller, Wiegand u.a.) zu, sondern ebenso – wenngleich unter anderen politischen Wertungsprioritäten – auf die republiktreuen liberal-demokratischen Historiker (Hartung, Hegemann, Schnabel u.a.). Erst in der Nachkriegszeit habe, hob Berg hervor, Preußen seine identitätsstiftende Leitfunktion für die deutsche Nationalhistoriographie weitgehend verloren – ungeachtet verschiedener Anläufe zu seiner Rehabilitierung (Ritter u.a.).

In einem Überblick über die Bedeutung der Hohenzollernmonarchie in der polnischen Geschichtskultur seit 1918 schilderte *Markus Krzoska* (Mainz) zunächst das Aufkommen des durchweg negativen Preußenbildes in der polnischen Geschichtsschreibung des 19. und des frühen 20. Jahrhunderts, welches sich bei Interpreten, die sich der Nationaldemokratie Dmowskis verpflichtet sahen, darüber hinaus auch mit dem Gedanken einer territorialen Westorientierung Polens verband. Diese „piastische“ Richtung habe im unabhängigen Polen nach 1918 dann noch an Bedeutung gewonnen, aber auch diesseits ihrer Protagonisten sei die Kontinuität des aus der Vorkriegszeit ererbten Preußenbildes ungebrochen bewahrt geblieben. Auf der Grundlage solcher negativen Wertungen sei in der Nachkriegszeit dann eine Kontinuitätslinie „Deutscher Orden – Preußen – NS-Regime – Bundesrepublik“ bemüht worden, deren sich auch die parteioffizielle Propaganda gerne bedient habe. Bis in die 1980er Jahre hinein hätten, unterstrich Krzoska, derartige Vorstellungen ungeachtet geringfügiger Differenzierungen fortbestanden, doch habe der politische Systemwechsel einen merklichen Wandel bewirkt. Es sei seitdem eine wesentlich differenziertere polnische Preußen-Historiographie entstanden: auf manchen Gebieten habe sich die Regionalforschung über die früheren deutschen Ostgebiete geradezu in die polnische Geschichtsschreibung hinein verlagert.

Die Referenten der fünften Sektion setzten sich mit dem Fortleben der Habsburgermonarchie im historischen Gedächtnis der aus ihrem einstigen Bestand hervorgegangenen Nationalstaaten auseinander. *Werner Suppanz* (Graz) analysierte die unterschiedlichen historiographischen Interpretationsrichtungen im Österreich der Zwischenkriegszeit und deren Abhängigkeiten von den jeweils bestimmenden politischen Zweckdienlichkeiten. Die – kleine – austromarxistische Schule habe das übernational geprägte Modernisierungspotential der untergegangenen Monarchie gewürdigt. Demgegenüber seien die deutschnationalen Liberalen und Rechten mit ausgeprägt propreußischen Sympathien hervorgetreten. Die seinerzeit dominierende christsoziale Interpretationsrichtung sei hingegen einem rundum positiven Bild der Monarchie verpflichtet gewesen: sie habe die Auffassung vertreten, daß die preußisch-kleindeutsche Lösung die von der Monarchie ausgeübte und versinnbildlichte traditionelle Führungsrolle des Deutschtums in Ostmitteleuropa zerstört habe. Die Nachkriegszeit habe dann, führte Suppanz aus, eine entscheidende Zäsur in der österreichischen Geschichtsschreibung herbeigeführt. Man habe im Unterschied zu früher die Diskontinuität von deutscher ‚Reichsgeschichte‘ und österreichischer ‚Nationalgeschichte‘ betont; im Hinblick auf die historiographische

Behandlung der Monarchie habe sich dagegen eine Art übernationale „Doppeladlerideologie“ herausgebildet. Auf dieser Grundlage seien zahlreiche wichtige Forschungsarbeiten zur Politik-, Sozial- und Verwaltungsgeschichte entstanden.

Ivan Šedivý (Prag) beleuchtete daraufhin die Entwicklungstendenzen der tschechischen Historiographie über das Habsburgerimperium seit 1918. Er legte dar, daß die Geschichtsschreibung der Zwischenkriegszeit auf die deutsche und ungarische Dominanz in der Monarchie abgehoben und damit den Aspekt der Unterdrückung tschechischer (und slowakischer) nationaler Interessen im habsburgischen Reichsverband betont habe. Die parteioffizielle Geschichtsschreibung ab 1948 habe das historische Erbe des habsburgischen Imperiums unter dem Diktat mehr oder weniger strenger marxistischer Dogmen beurteilt: so habe man den Zerfall des Reiches als „Aufstand der unterdrückten Völker“ bzw. als „Folge der Oktoberrevolution“ interpretiert. In dieses Schwarz-Weiß-Bild der Monarchie seien erst in den 1980er Jahren die differenzierten Farbtöne einiger Historiker hineingemischt worden, welche sich vor allem der Geschichte der „Zivilgesellschaft“ der späten Monarchie gewidmet hätten. Nach dem politischen Umbruch von 1989 seien, schloß Šedivý, zuvor bestehende Denkverbote im Hinblick auf eine Würdigung der imperialen Traditionen der tschechischen Geschichte weggefallen; indessen hätten stark „nationaltschechisch“ geprägte Interpretationen in den letzten Jahren erneut erheblich an Boden gewonnen.

Für die - populäre wie wissenschaftlich fundierte - slowakische Gedächtniskultur betonte *Elena Mannová* (Bratislava), daß hierfür vor allem das Bild „nationaler Ohnmacht“ angesichts einer „tausendjährigen ungarischen Unterdrückung“ eine konstitutive Bedeutung besessen habe. Auf den habsburgischen Gesamtstaat und auf dessen „cisleithanische“ Reichshälfte sei in der slowakischen Historiographie demgegenüber ein deutlich milderes Licht gefallen. Ungeachtet dessen gehöre es zu den Traditionslinien der slowakischen Historiographie über die politischen Umbrüche des 20. Jahrhunderts hinweg, die zunehmende Enttäuschung der Slowaken von der habsburgischen Politik im Laufe des 19. Jahrhunderts besonders zu betonen und die Vorstellung zu pflegen, daß die Slowaken stets Opfer aller habsburgisch-ungarischen Ausgleichs seit dem 18. Jahrhundert gewesen seien. Bis in die 1990er Jahre hinein habe man, führte Mannová aus, den Zerfall des Imperiums vor diesem Hintergrund als „gerechte Strafe“ charakterisiert. Seit einigen Jahren würden solche allzu statischen und holzschnittartigen Vorstellungen jedoch durch verschiedene Forschungsarbeiten geradegerückt, die zu einer nüchterneren Einschätzung und Typologisierung der ungarischen Herrschaft in der Slowakei zu kommen trachteten und auch die Rolle der ethnischen Minderheiten des Landes für die slowakische Geschichte verstärkt untersuchten. Im Rahmen solcher Forschungen gelange, so Mannová, auch die Monarchie wieder zu neuen Ehren, was sie nicht zuletzt im Titel ihres Beitrags: „Vom Völkerkerker zur Völkerfamilie?“ andeutete.

Im Rahmen der sechsten, dem historiographischen Fortleben des Petersburger Imperiums gewidmeten Konferenzsektion setzte sich zunächst *Aleksandr Semënov* (St. Petersburg) mit den Traditionen der russischen Geschichtsschreibung vom 19. Jahrhundert bis in die Zeit des Stalinschen Totalitarismus auseinander. Die vor allem in der Nachfolge Karamzins stehende dynastiefixierte Interpretationstradition sei, führte Semënov aus, von Solovëv einer erheblichen Differenzierung unterworfen worden, welche auch die verschiedenen nichtrussischen Ethnien in die Geschichte der russischen Staatsentwicklung einbezogen habe. Vor diesem Hintergrund habe sich zur Jahrhundertwende eine mehr oder weniger wissenschaftliche, vorwiegend jedoch russozentrisch ausgerichtete „imperiale Historiographie“ herausgebildet. Die sowjetische Geschichtsschreibung nach der Oktoberrevolution habe mit solchen Geschichtsbildern radikal gebrochen: die Pokrovskij-Schule habe das zarische Rußland ausschließlich als expansive Unterdrückermacht gesehen. Gleichzeitig hätten auch die Historiographien der nichtrussischen Völker in den 1920er Jahren über relativ freie Entfaltungsspielräume verfügt, welche der „Sowjetpatriotismus“ ab 1934 jedoch vollkommen verschüttet

habe: mit dieser ideologischen Wandlung der Stalinschen Alleinherrschaft sei das russische Volk als imperiales Staatsvolk rehabilitiert worden.

Diesen Ausführungen stellte *Igor' Martynjuk* (Simferopol') ein Referat über das innerhalb der russischen Exilhistoriographie der 1920er und frühen 1930er Jahre dominierende „Eurasier“ gegenüber. Den Theorien der „Eurasier“, die im übrigen auch in der postsowjetischen Historiographie der 1990er Jahre teilweise wieder auf Anklang gestoßen seien, liege, führte Martynjuk aus, ein Denken in ausgeprägt geotypologischen bzw. geopolitischen Kategorien zugrunde. Sie hätten die Geschichte des Russischen Imperiums stets als Geschichte eines multiethnischen eurasiatischen Großraumes – bzw. als gemeinsame Geschichte der dort lebenden, zahlreiche kulturelle Gemeinsamkeiten aufweisenden Völker – verstanden. Nach ihren Vorstellungen sei zwar gerade der russischen Orthodoxie und der russischen Sprache eine kulturelle Mittlerfunktion bzw. Führungsrolle in diesem imperialen Großraum zugefallen, doch hätten sie ebenso stets auf die charakteristische Dichotomie von „eurasischer“ russischer Volkskultur und äußerer Europäisierung der staatlichen Herrschaftsformen verwiesen. In den 1930er Jahren, hielt Martynjuk abschließend fest, hätten die führenden Vertreter des „Eurasier“ schließlich gar die Sowjetunion ungeachtet aller ideologischen Differenzen als den legitimen Erben der von ihnen postulierten geopolitischen bzw. geokulturellen Sonderentwicklung des Russischen Imperiums anerkannt.

Demgegenüber verwies *Rafał Stobiecki* (Łódź) auf das überwiegend düstere Bild, welches die polnische Historiographie seit 1918 vom Petersburger Imperium gezeichnet habe. Die polnische Geschichtsschreibung der Zweiten Republik habe das Reich der Romanovs durchgängig als ein machiavellistisch-despotisch regiertes, von abendländischen Rechts-, Kultur- und Freiheitstraditionen nahezu unberührtes Vielvölkerkonglomerat charakterisiert. Zwar habe die parteioffizielle Historiographie des sozialistischen Nachkriegspolen solche Negativvorstellungen durch den Gegensatz „schlechte russische Verwaltung – gutes russisches Volk“ modifiziert. Dafür jedoch sei das Rußland-Bild der polnischen Exilhistoriker in denkbar schwarze Farben getaucht gewesen. Diese hätten den Moskauer Staat wie das Petersburger Imperium im Sinne eines teleologischen Gegensatzes zwischen „gutem“ polnisch-litauischem und „schlechtem“ russischem Erbe als nur oberflächlich europäisiertes Gemeinwesen dargestellt. In den Jahren nach 1989 seien polnische Historiker indessen zu einer differenzierteren Sicht auf das Petersburger Imperium gelangt. Nicht zuletzt über das späte Zarenreich und über den russischen Liberalismus der Jahrhundertwende, hob Stobiecki hervor, seien in den letzten Jahren wichtige Forschungsarbeiten vorgelegt worden.

Mati Laur (Tartu) wies in seinem Vortrag über das Bild des Russischen Imperiums in der estnischen Historiographie zunächst auf den Umstand hin, daß die Geschichtsschreibung der Zwischenkriegszeit in erster Linie auf den nationalen Gegensatz zwischen baltendeutschen Herrschaftseliten und estnischen Grundschichten fixiert gewesen sei. Die Baltendeutschen habe man als „innere“, die Russen jedoch als „äußere“ Feinde gesehen: vor dem Hintergrund der geradezu idealisierten, relativ bauernfreundlichen Schwedenzeit seien die beiden Jahrhunderte der zarischen Herrschaft gar als „dunkelste Periode“ in der Geschichte der estnischen Bauernschaft gewertet worden. Die sowjetoffizielle Geschichtsdoktrin der Nachkriegszeit habe den Anschluß an das petrinsche Imperium dagegen als „Rettung vor Preußen“ bezeichnet und das Feindbild des baltendeutschen Adels flächendeckend kultiviert. Einige weniger strikt der Parteikontrolle unterworfenen Forschungsrefugien hätten sich, veranschaulichte Laur, vor 1991 gleichwohl im Bereich der Agrargeschichte ergeben. Die gegenwärtige, stark auf Agrargeschichte, aber auch auf Rechts- und Verwaltungshistorie konzentrierte estnische Forschung gelange in den letzten Jahren zu einer positiveren Gesamteinschätzung der zarischen Herrschaft: sie nehme die politischen, sozialen und rechtlichen Kontinuitäten zwischen Schwedenzeit und Russenzeit wesentlich stärker wahr.

Indem sie das historiographische Fortleben ‚aller‘ sechs imperialen Herrschaftsgefüge, zu deren territorialem Bestand die Gebiete der heutigen ostmittel-, ost- und südosteuropäischen Staaten einst zählten, in

umfassender Form würdigte, hob sich die Leipziger Tagung auf eine durchaus innovative Weise von zahlreichen anderen Historikerkonferenzen ab, welche sich in den letzten Jahren dem forschersischen Anliegen des Imperienvergleichs gewidmet haben. Zwar vermittelten nicht sämtliche Vorträge gleichermaßen neue Erkenntnisse oder überraschende Einsichten, doch boten sie nahezu allesamt einen fundierten und höchst informativen Einblick in die nationalen Geschichtskulturen der ostmitteleuropäischen Staatenwelt und der Nachfolgestaaten der einstigen imperialen Kernreiche. Der Leipziger Tagung gelang es damit, eine Thematik zu vertiefen, die nicht allein vom Standpunkt der geschichtswissenschaftlichen Forschung einen hohen Erkenntniswert aufweist: nach wie vor ist sie vielmehr auch von einer erheblichen gegenwarts-politischen Relevanz – und mancherorts gar Brisanz.

Frank Nesemann, Simon-Dubnow-Institut, Leipzig

Copyright

Arbeitsgemeinschaft außeruniversitärer historischer Forschungseinrichtungen
in der Bundesrepublik Deutschland e.V., 2005.

Kein Teil dieser Publikation darf ohne ausdrückliche schriftliche Genehmigung der AHF in irgendeiner Form reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

AHF, Aldringenstraße 11, 80639 München
Telefon: 089 – 13 47 29, Fax: 089 – 13 47 39
E-Mail: info@ahf-muenchen.de, Website: <http://www.ahf-muenchen.de>

Empfohlene Zitierweise / recommended citation style:

AHF-Information. 2005, Nr.017
URL: <http://www.ahf-muenchen.de/Tagungsberichte/Berichte/pdf/2005/017-05.pdf>